



## Sturmwarnung für die Golfregion



Autor : Jacques  
Charnelot

Nach dem Rückzug der amerikanischen Truppen Ende Dezember letzten Jahres aus dem Irak hat sich die Situation in der Golfregion - eine der strategisch wichtigsten Regionen der Welt - drastisch verändert. Unabhängig davon, ob man die Region überwiegend als arabisch oder persisch dominiert ansieht, so besteht Übereinstimmung dahingehend, dass hier eine der Hauptschlagadern der erdölabhängigen Weltwirtschaft liegt. Die USA und ihre Verbündeten, allen voran Saudi-Arabien, Katar und Bahrein, befinden sich seit über 30 Jahren in einem gefährlichen Tauziehen mit dem Iran. Die kommenden Monate könnten entscheidend sein. Es bleibt zu hoffen, dass die momentan noch gemäßigte Konfrontation sich nicht zu einem echten Konflikt entwickelt, wie zu den schlimmsten Zeiten des Iran-Irak-Krieges.

[Fortsetzung](#)

**Neuigkeiten** : Leitartikel - Deutsch-französischer Preis - Eurozone  
**Finanzkrise** : Weltbank - Rat - IWF - OECD - Spanien - Frankreich - Griechenland - Ungarn - Italien - Großbritannien - Davos **Rat der Europäischen Union** : Bulgarien  
**Kommission** : Bürgerinitiative - Wachstum - Internet **Parlament** : Ausschüsse **Rat der Europäischen Union** : Mazedonien - Landwirtschaft - Auswärtige Angelegenheiten - Allgemeine Angelegenheiten **Gerichtshof** : Arbeitsrecht  
**Diplomatie** : Fälschungen **Deutschland** : EADS - IFOP-Studie  
**Zypern** : Wiedervereinigung? **Spanien** : Defizit **Frankreich** : Türkei - Reformen  
**Italien** : Bevölkerung - Europapolitik **Portugal** : Wettbewerb  
**Großbritannien** : Schottland **Rumänien** : Regierung **Slowenien** : Regierung  
**Kosovo** : Kosovomission **Europarat** : Präsident/Europarat - Frauen - Menschenrechte  
- Weißrussland - Ukraine **Berichte/Studien** : Solidarität - Humanitäre Hilfe  
**Kultur** : Ausstellung/Schweiz - Ausstellung/Rimini - Festival/Bastia - Friedrich der Große

### Neuigkeiten :

#### Europa: Licht am Horizont

Kurz vor dem wichtigen Rat der Europäischen Union am 30. Januar hat der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, auf seiner Internetseite einen Leitartikel zur Zukunft Europas veröffentlicht. Dem Artikel zufolge "ist es viel zu früh, von einem Ende



der Krise in Europa zu sprechen, aber das Ende des Tunnels ist sichtbar und wir sind in eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Wir dürfen jetzt in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und wir müssen für neue Anstrengungen bereit sein.".. [Fortsetzung](#)

#### Deutsch-französischer Preis für Jean François-Poncet und Edzard Reuter



Am 24. Januar überreichten der französische Europaminister Jean Leonetti und der neue Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Link in Berlin den Adenauer-de Gaulle-Preis an Jean François-Poncet und an Edzard Reuter. Jean François-Poncet ist ehemaliger französischer Minister, früheres Mitglied des französischen Senats und Mitglied des Verwaltungsrates der Robert Schuman Stiftung, Edzard Reuter ist ehemaliger Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz. Beide wurden für ihre Initiative zur Gründung der Wirtschaftstreffen von Evian ("Rencontres d'Evian") ausgezeichnet. Diese Treffen geben jährlich seit 1992 den Rahmen für einen Austausch zwischen französischen und deutschen Unternehmern und tragen so zum Ausbau der einmaligen und besonderen Verbindung zwischen Deutschland und Frankreich bei... [Fortsetzung](#)

#### Manifest für eine solidarische und integrierte Eurozone



Die drei Zivilgesellschaften Confrontations Europe hat gemeinsam mit der Stiftung Astrid und der Bertelsmann-Stiftung ein "Manifest für eine solidarische und integrierte Eurozone" verfasst. Um dem steigenden Druck der Märkte entgegen zu treten und Ausgrenzung innerhalb der Union zu verhindern, fordert das Manifest zu verstärkter Solidarität und Zusammenarbeit der europäischen Länder auf, um ihre Positionen zu verteidigen. Das Manifest plädiert im Zeitpunkt der anstehenden Vertragsänderungen in der Union für eine solidarische Eurozone; die Initiatoren haben eine Kampagne zur Verbreitung der Inhalte des Manifests gestartet. Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert-Schuman-Stiftung, ist einer der zahlreichen Unterzeichner des Manifestes... [Fortsetzung](#)

#### Finanzkrise :

##### Europa muss sein Wirtschaftsmodell anpassen und nicht aufgeben



Die Weltbank veröffentlichte am 24. Januar einen Bericht über die Vor- und Nachteile des europäischen Wirtschaftsmodell unter dem Titel "Restoring the lustre of the European economic model". Philippe Le Houerou, Vizepräsident der Weltbank und zuständig für Europa und Zentralasien, forderte die Europäer anlässlich der Vorstellung des Berichtes dazu auf, ihren kritischen Blick beizubehalten und ihr Vertrauen in das eigene Wirtschaftsmodell nicht zu verlieren. Der Bericht analysiert die Entwicklung während der letzten 2 Jahrzehnte in sechs unterschiedlichen Bereichen, nämlich Handel, Finanzen, Unternehmen, Innovation, Arbeit und Regierung... [Fortsetzung](#)

##### Verfahren gegen Ungarn wegen zu hohem Haushaltsdefizit



Am 24. Januar äußerten sich die 27 Finanzminister der Union übereinstimmend dahingehend, dass Ungarn nicht die notwendigen Maßnahmen in die Wege geleitet habe, um sein exzessives Haushaltsdefizit zu reduzieren. Obwohl die Defizitgrenze im Jahr 2011 technisch betrachtet eingehalten worden sei, sei nach Meinung der Minister keine "starke und nachhaltige" Korrektur erfolgt. Ungarn läuft somit Gefahr, keine Mittel mehr aus dem Kohäsionsfonds der EU zu erhalten. Darüber hinaus nahmen die Finanzminister die Prioritäten der Dänischen Ratspräsidentschaft zur Kenntnis. Ferner wurde der Bericht der Kommission zum jährlichen Wachstum erörtert, der als Basis für die Analysen im Rahmen des europäischen Semesters dient. Ebenso wurden Gesetzgebungsprojekte besprochen, die den Derivatehandel, die Haushaltsdisziplin und die Wirtschaftsregierung betreffen... [Fortsetzung](#)

### IWF korrigiert seine Wachstumsprognose für 2012 nach unten



Am 24. Januar veröffentlichte der IWF eine Korrektur seiner Wachstumsprognose für 2012, da das weltweite Wachstum nach Ansicht des IWF um 0,7% geringer ausfallen wird als im September 2011 angenommen. Der IWF geht für 2012 nunmehr von einem weltweiten Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,25% aus. Die schlechtere Prognose basiert auf den wirtschaftlichen Spannungen in der Eurozone. Der IWF geht 2012 von einer Rezession von -0,5% in der Eurozone aus und von einem Wachstum in Höhe von +0,8% im Jahr 2013. Nach den Vorhersagen des IWF wird sich die Lage in Spanien verschlimmern, das Negativwachstum wird auf -1,7% für 2012 geschätzt und auf -0,6% für 2013. Für Italien beträgt die korrigierte Wachstumsprognose -2,2% für 2012 und -0,6% für 2013... [Fortsetzung](#)

### Verringerung von Ungleichheit und Ankurbelung von Wachstum



Am 23. Januar veröffentlichte die OECD ein weiteres Kapitel des Berichts zum Thema "Economic Policy Reforms 2012. Going for Growth". In ihrem Bericht äußern sich die Experten der OECD dahingehend, dass es möglich ist, der Spaltung zwischen Arm und Reich entgegen zu wirken und das Wachstum anzukurbeln, während gleichzeitig Arbeitsmarktreformen umgesetzt werden und die Sozialsysteme reformiert werden können und eine qualitativ hochwertige Bildung garantiert werden kann. Nach Meinung der Autoren ist die Krise eine Motivation zur Durchführung von Reformen und zu einer Neuausrichtung der öffentlichen Ausgaben, wie auch zum Kampf gegen Ungleichheit, "eines der Hauptrisiken, die unseren Wohlstand und unsere zukünftige Sicherheit bedrohen", wie der Chefvolkswirt der OECD, Pier Carlo Padoan, betonte... [Fortsetzung](#)

### Spanien: Arbeitslosigkeit erreicht mit 22,85% neues Rekordniveau



Nach neuesten Zahlen, die das nationale Statistikinstitut Spaniens, INE, am 27. Januar veröffentlichte, lag die Arbeitslosenzahl in Spanien im 4. Quartal 2011 bei fast 5,3 Millionen Arbeitslosen, die Quote stieg um 1,33 Punkte auf 22,85% an, der höchste Wert seit dem 1. Quartal 1995. Besonders dramatisch ist der Anstieg bei den unter 25-jährigen: mehr als die Hälfte dieser Altersgruppe (51,4%) ist arbeitslos, gegenüber 45,8% Ende September. Die Beschäftigungsquote der aktiven Bevölkerung beträgt 59,94%... [Fortsetzung](#)

### Frankreich: Anstieg der Arbeitslosigkeit um 5,6% im Jahr 2011



Nach neuesten Zahlen, die am 25. Januar vom Minister für Arbeit, Beschäftigung und Gesundheit für das gesamte Jahr 2011 veröffentlicht wurden, hat sich die Zahl der Arbeitslosen, die keinerlei Beschäftigung nachgehen im Jahr 2011 um 5,6% erhöht. Im Jahr 2011 haben insgesamt 152 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verloren; insgesamt gibt es in Frankreich aktuell 2 874 500 Arbeitslose... [Fortsetzung](#)

### Griechenland: Fortführung der Verhandlungen zur Schuldenreduzierung



Am 27. und 28. Januar trafen sich der Chef des IFF (Institute of International Finance), der griechische Premierminister Lucas Papademos und der griechische Finanzminister Evangélos Vénizélos, um die Gespräche über eine Schuldenreduzierung für Griechenland fortzuführen. Die Verhandlungen zwischen den privaten Gläubigern und der Regierung führte zu "Fortschritten"; es wurde allerdings noch keine Vereinbarung unterzeichnet. Die Unterzeichnung einer Vereinbarung ist dringend notwendig, da sie Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche an Hilfgeldern in Höhe von 14,4 Milliarden Euro für Griechenland ist, die am 20. März erfolgen soll... [Fortsetzung](#)

### IWF verlangt weitere Sparanstrengungen von Ungarn

In einem Bericht zur Lage Ungarns, den der Internationale Währungsfonds (IWF) am 25. Januar veröffentlichte, forderte der IWF von Ungarn, seine Sparanstrengungen weiter fortzuführen und seine interventionistische Politik zu beenden. Ungarn möchte mit dem IWF



neue Verhandlungen führen, um einen Kredit zu erhalten. Hilfgelder vom IWF und anderen internationalen Organisationen "könnten dazu beitragen, die schwierige Finanzsituation zu entspannen und zu einem größeren Vertrauen bei den Anlegern führen". Allerdings ist hierfür eine solide Wirtschaftspolitik die Grundvoraussetzung. Ungarn, das zurzeit große Probleme hat, sich auf dem freien Markt Geld zu leihen, möchte einen Kredit zwischen 15 und 20 Milliarden Euro erhalten. Das Land hat allerdings die internationalen Organisationen gegen sich aufgebracht, da es umstrittene Gesetze verabschiedet hat, wie zum Beispiel eine umstrittene Reform der Zentralbank, die nach allgemeiner Ansicht deren Unabhängigkeit in unzulässiger Weise einschränkt... [Fortsetzung](#)

#### Bürokratieabbau



Am 27. Januar verabschiedete die italienische Regierung unter Mario Monti verschiedene Maßnahmen, die den Bürokratieabbau voranbringen und somit das Wachstum fördern sollen. Als Beispiel kann die Einrichtung einer Datenbank zur zentralen Sammlung aller Bewerberdaten genannt werden, die für die gesamte Verwaltung zugänglich sein soll. Darüber hinaus sollen Verwaltungswege für die Bürger vereinfacht werden, vor allem mit Hilfe des Internet. Laut Aussage Montis sollen die Vereinfachungen zu einem "radikalen" Abbau von Kontrollen bei Unternehmensgründungen führen... [Fortsetzung](#)

#### Großbritannien: Rückgang des Wirtschaftswachstums 2011



Das Wirtschaftswachstum Großbritanniens hat im 4. Quartal des Jahres 2011 um 0,2% abgenommen, nach ersten Schätzungen, die am 25. Januar vom nationalen Statistikbüro (ONS) veröffentlicht wurden. Dieser Rückgang, der nach einem Anstieg von 0,6% im 3. Quartal erfolgte, liegt doppelt so hoch wie zunächst von den Wirtschaftsexperten angenommen. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für das gesamte Jahr 2011 beträgt +0,8%. Diese Zahlen sind insbesondere erschreckend angesichts der bereits bekannten Arbeitslosenquote mit der zurzeit im Land bestehenden höchsten Arbeitslosigkeit seit 17 Jahren... [Fortsetzung](#)

#### 42. Weltwirtschaftsforum in Davos



Vom 25. bis zum 29. Januar sind anlässlich des 42. Weltwirtschaftsforums zahlreiche Führungspersonlichkeiten aus Politik und Wirtschaft in Davos zusammen getroffen, auch der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, ist nach Davos gereist. In einer Rede erklärte er, dass die Eurozone "spektakuläre" Fortschritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Überwindung der Krise gemacht habe, unter deren Auswirkungen sie seit 2009 leidet. "Es ist überraschend zu sehen, dass die Eurozone jetzt, im Vergleich zu dem Zeitpunkt vor fünf Monaten, eine andere Welt ist". Er fügte hinzu, dass "sich die Märkte positiv entwickelt haben, die Banken haben mehr Kapital, weniger Schulden und sie sind nun in gewisser Weise immun gegen die perversen Einflüsse, die die Finanzkrise offen gelegt hat". In ihrer Eröffnungsrede erklärte die Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die derzeitige Krise nur über mehr Vertrauen in die Wirtschaftspolitik gelöst werden könne... [Fortsetzung](#)

#### Rat der Europäischen Union :

##### Treffen mit dem neuen bulgarischen Präsidenten, Rosen Plevneliev



Am 26. Januar traf sich der Präsident des europäischen Rates, Herman Van Rompuy, mit dem bulgarischen Präsidenten Rosen Plevneliev. Beide betonten, dass die Priorität Bulgariens auf europäischer Ebene der Beitritt zum Schengenraum sei, der Kampf gegen Korruption, die Integration der Balkanstaaten und, allgemeiner, soziale und wirtschaftspolitische Maßnahmen gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise... [Fortsetzung](#)

## Kommission :

### Wichtige Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative



Am 26. Januar fand die Auftaktkonferenz zur "Europäischen Bürgerinitiative" statt, ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der notwendigen Vorarbeiten bis zum offiziellen Start im April. Eine offizielle Internetseite zum Speichern der Initiativen ist nunmehr zugänglich und die freie Software, die für die Unterschriftensammlung notwendig ist, wurde vorgestellt. Anlässlich der Auftaktkonferenz wurde nochmals die Funktionsweise und der Ablauf einer Bürgerinitiative vorgestellt. Der Vizepräsident der Europäischen Kommission und für die Bürgerinitiativen verantwortliche Maros Sefcovic betonte die Bedeutung der Medien für den Erfolg einer Initiative. Er erklärte, dass "dieses neue Recht ein neues Kapitel im demokratischen Leben der Europäischen Union [eröffnen wird]"... [Fortsetzung](#)

### Harmonisierung der Wettbewerbs- und Investitionspolitik



Am 27. Januar präsentierte die Europäische Kommission verschiedene Vorschläge zur Unterstützung von Drittländern, deren Wachstum durch die Stärkung des internationalen Handels gefördert werden soll. Verschiedene Wege sind denkbar: Besondere Rabatte für die ärmsten Länder der Welt, systematischer Ausbau des Freihandels, weiterer Abbau von allen Maßnahmen mit gleicher Wirkung wie Zölle und Einfuhrbeschränkungen, Erleichterung der Direktinvestitionen ins Ausland, Hilfe für Schwellenländer bei der Einhaltung internationaler Standards im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltschutzbereich und darüber hinaus die Einbeziehung von Handelsinstrumenten bei der Handhabung von Naturkatastrophen und politischen Krisen... [Fortsetzung](#)

### Neue Regeln für mehr Datenschutz



Die Kommission stellte am 25. Januar einen neuen Gesetzesvorschlag vor, der große Internetunternehmen verpflichten soll, die Erlaubnis der Nutzer zur Verwendung der persönlichen Daten einzuholen unter Androhung von Strafzahlungen im Falle der Nichtbeachtung. Die herausragende Forderung der Justizkommissarin Viviane Reding, die das Projekt vorstellte, ist "das Recht, im Internet vergessen zu werden", das die sozialen Netzwerke dazu zwingen soll, alle persönlichen Daten, Fotos etc. zu löschen, falls die Nutzer dies wünschen. Allgemein sollen Unternehmen, die im Internet aktiv sind, eine klare Einwilligung erhalten, bevor sie die Daten ihrer Kunden nutzen können... [Fortsetzung](#)

## Parlament :

### Neuorganisation der Parlamentsausschüsse



Nach der Neuwahl des Parlamentspräsidenten, der 14 Vizepräsidenten und 5 Questoren des europäischen Parlaments in der letzten Woche haben die europäischen Abgeordneten diese Woche die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der parlamentarischen Ausschüsse gewählt. Sie sind für die Dauer von 2,5 Jahren gewählt, bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode... [Fortsetzung](#)

## Rat der Europäischen Union :

### Fortschrittsbericht zu Mazedonien



Am 24. Januar traf sich der Beitritts- und Stabilisierungsrat der Europäischen Union für Mazedonien zum 8. Mal. Der Rat begrüßte die Fortschritte Mazedoniens bezüglich der Regelungen für das Parlament, die Rechtsprechung und die öffentliche Verwaltung, wie auch im Kampf gegen Korruption und für die Integration der Roma. Darüber hinaus begrüßte der Rat die Wirtschaftspolitik Mazedoniens und die Fortschritte bei der Annäherung des mazedonischen Rechts an den Acquis communautaire der Europäischen Union in weiteren Bereichen. Es besteht allerdings noch Handlungsbedarf bezüglich des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung in den Medien. Mazedonien betonte, dass sein Hauptziel darin besteht, so bald wie möglich mit der Europäischen Union in Beitrittsverhandlungen einzutreten... [Fortsetzung](#)

## Dänische Prioritäten im Bereich Landwirtschaft und Fischerei



Am 23. Januar berieten die 27 Landwirtschafts- und Fischereiminister der Union die Vorschläge der dänischen Ratspräsidentschaft für die kommenden sechs Monate. Die Prioritäten sind unter anderem die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik, seine Transparenz und die Bedeutung von mehr Wissenschaft und Innovation in diesem Bereich.

Darüber hinaus wurde die Reform der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik diskutiert und die europäische Strategie zum Tierschutz... [Fortsetzung](#)

## Sanktionen gegen Iran und Syrien



Die 27 Außenminister der Europäischen Union äußerten sich am 23. Januar besorgt angesichts der Lage in Iran und Syrien; sie sicherten der arabischen Liga ihre Unterstützung zu bezüglich deren Entscheidungen zu Syrien und sie beschlossen weitere Sanktionen gegen beide Länder. Darüber hinaus begrüßten sie die Reformen in

Burma und forderten die Junta zu einer weiteren Öffnung auf. Die Außenminister begrüßten ebenso die Bemühungen Jordaniens, die auf direkte Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern abzielen im Rahmen des Nahost-Quartetts. Bezüglich Sudan und Süd-Sudan hoffen die Außenminister auf die Unterzeichnung eines Friedensvertrags, beide Regierungen wurden dringend aufgefordert, feste Vereinbarungen bezüglich aller Probleme zu treffen, die sich aus der Unabhängigkeit des Süd-Sudans ergeben. Die Situation in Weißrussland und der Stand der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo wurde ebenso erörtert... [Fortsetzung](#)

## Wie sieht der neue mehrjährige Finanzrahmen aus?



Am 27. Januar diskutierten die 27 Europaminister der Union den mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020. Die Diskussion konnte Klarheit bezüglich unterschiedlicher Vorstellungen bezüglich des Finanzrahmens bringen. Einige Länder sind für eine Absenkung der Ausgaben der Union im Vergleich zu den Vorschlägen

der Kommission, andere Länder stimmen mit den Vorschlägen der Kommission überein. Einige Länder wollen die Prioritäten im Bereich gemeinsame Landwirtschaftspolitik (PAC) und Kohäsionspolitik beibehalten, andere sprachen sich für neue Prioritäten aus. Die dänische Präsidentschaft hofft, durch die Debatte eine solide Basis für den kommenden europäischen Rat im Juni 2012 zu erhalten, wenn der mehrjährige Finanzrahmen beschlossen werden soll. Ende 2012 könnte dieser dann verabschiedet werden und den jetzigen Finanzrahmen ablösen... [Fortsetzung](#)

## Gerichtshof :

### Arbeitsrecht



In einem Urteil vom 26. Januar stellte der Europäische Gerichtshof fest, dass die mehrfache Aneinanderreihung befristeter Arbeitsverträge als Vertretung eines anderen Mitarbeiters grundsätzlich nicht dem europäischen Arbeitsrecht widerspricht, es kommt jedoch auf die besonderen Umstände des Einzelfalles und das Vorliegen eines Befristungsgrundes an. Diese Entscheidung könnte starke

Auswirkungen auf die derzeitigen Beschäftigungsverhältnisse haben. Unbefristete Arbeitsverträge sind der Regelfall und die Mitgliedsländer der Europäischen Union führen regelmäßig große Kampagnen durch gegen den Mißbrauch befristeter Verträge... [Fortsetzung](#)

## Diplomatie :

### Europäische Union unterzeichnet internationales Abkommen gegen Produktpiraterie



Am 26. Januar unterzeichnete die Europäische Union in Tokyo das internationale Handelsabkommen zur Abwehr von Fälschungen (Anti counterfeiting trade agreement = Acta), um den weltweiten legalen Handel besser zu schützen. Australien, Kanada, Japan, Südkorea, Marokko, Singapur, die USA und Neuseeland hatten das Abkommen

bereits im Oktober unterzeichnet. Eine Hauptmaßnahme besteht in einem Ausbau und in der Angleichung der verschiedenen Vorgehensweisen gegen illegales

Downloaden. Der Text des Abkommens, der geheim ausgehandelt wurde, wird von Vereinigungen der Zivilgesellschaft und vom europäischen Parlament stark angegriffen. Das europäische Parlament muss den Text ratifizieren, bevor er für die EU in Kraft tritt... [Fortsetzung](#)

## Deutschland :

### Tom Enders zum neuen Vorstandsvorsitzenden (CEO) von EADS nominiert



Der EADS-Verwaltungsrat hat am 26. Januar in Amsterdam entschieden, den Deutschen Tom Enders, der zurzeit Vorstandsvorsitzender (CEO) von Airbus ist, zum neuen Vorstandsvorsitzenden von EADS als Nachfolger des Franzosen Louis Gallois zu nominieren, dessen Mandat am 31. Mai 2012 endet. Zugleich wird der Franzose Arnaud Lagardère den Vorsitz des Verwaltungsrats (Chairman) übernehmen, den derzeit der Deutsche Bodo Uebber innehat. Jean-Claude Trichet, ehemaliger Präsident der Europäischen Zentralbank, wird neues Mitglied des Verwaltungsrates werden... [Fortsetzung](#)

### 82% der Franzosen haben ein positives Bild von Deutschland



Nach den Ergebnissen einer im Auftrag der deutschen Botschaft in Paris von Ifop durchgeführten Studie, die am 24. Januar veröffentlicht wurden, entspricht die oft zitierte deutsch-französische Partnerschaft der Realität. 82% der Franzosen sagten, dass sie ein sehr gutes (19%) oder ein ziemlich gutes (63%) Bild von Deutschland hätten. Fast die Hälfte der Befragten (43%) denkt, dass unter anderem die Krise beide Länder zwingen wird, noch enger zusammen zu arbeiten. Nach den Ergebnissen der Studie haben die Franzosen überwiegend auch ein gutes Bild von den deutsch-französischen Beziehungen. Die Umfrage wurde zwischen dem 4. und 6. Januar durchgeführt, es wurden 1005 Personen befragt... [Fortsetzung](#)

## Zypern :

### Gespräche über eine eventuelle Wiedervereinigung der Insel



Am 23. und 24. Januar fanden in der Nähe New Yorks weitere Gespräche über eine eventuelle Wiedervereinigung Zyperns statt zwischen den griechischen und zypriotischen Unterhändlern Dimitris Christofias und Dervis Eroglu. Nach Aussage des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, gab es jedoch nur sehr begrenzte Fortschritte. Während dieses 5. multilateralen Treffens wurden drei Fragen erörtert: "Wahl der Exekutive, Liegenschaften und Bürgerschaft"... [Fortsetzung](#)

## Spanien :

### Verbot eines Haushaltsdefizits für die Regionen



Die spanische Regierung hat am 27. Januar ein Gesetzesvorhaben verabschiedet, das zu mehr Haushaltsdisziplin führen soll und das die 17 Regionen des Landes ab dem Jahr 2020 zu einem ausgeglichenen Haushalt verpflichtet, zu einem Zeitpunkt, zu dem die schlechte finanzielle Lage der Regionen für Unruhe auf den Finanzmärkten sorgt. Die 17 spanischen Regionen, die große Gesundheits- und Bildungshaushalte verwalten, sind seit dem Platzen der Immobilienblase im Jahr 2008 stark verschuldet. Ende 2011 betrug ihre Defizite 2,3 bis 2,4% des BIP und lagen somit weit über dem von Madrid vorgegebenen Ziel in Höhe von 1,3%... [Fortsetzung](#)

## Frankreich :

### Frankreich stellt das Leugnen des Völkermords an den Armeniern unter Strafe



Das französische Parlament stimmte am 23. Januar für einen Gesetzestext, der das Leugnen des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt. Die Abstimmung erfolgte, nachdem der Senat dem Vorschlag mit 127 gegen 86 Stimmen zugestimmt hatte und nachdem eine erste Beratung am 22. Dezember 2011 in der Assemblée Nationale erfolgt war. Entsprechend dem Gesetzestext wird das Leugnen jeglichen Völkermordes unter Strafe gestellt; Frankreich erkennt offiziell zwei Völkermorde an:

den Genozid an den Juden während des zweiten Weltkriegs und den Genozid an den Armeniern im Jahr 1915... [Fortsetzung](#)

### Nicolas Sarkozy präsentiert neue Reformvorhaben



Am 29. Januar hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy im Rahmen eines großen Fernsehinterviews ein neues Paket an wirtschaftlichen Reformen vorgestellt. Geplant ist eine Anhebung der Mehrwertsteuer (sogenannte "soziale Mehrwertsteuer"), die um 1,6% auf 21,2% steigen soll ab dem 1. Oktober 2012; ferner soll die allgemein erhobene Sozialsteuer "CSG" für Kapitalgewinne um 2 Prozentpunkte angehoben werden; die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,1% ist geplant, die ab August 2012 gelten soll; der Wohnungsbau soll gefördert werden, indem für die kommenden 3 Jahre für jedes Bauvorhaben und damit für "jedes Gebiet, jedes Haus, jedes Gebäude" die Möglichkeit besteht, das Vorhaben um 30% größer zu bauen; zudem ist nach Aussage des Präsidenten Sarkozy eine Reform der 35-Stunden-Regelung notwendig, um "die Entgeltzahlung zu privilegieren"... [Fortsetzung](#)

### Italien :

#### Italien: ältere Bevölkerung und mehr Einwanderer



Die italienische Bevölkerung wird immer älter und es gibt immer mehr Einwanderer, die inzwischen 8% der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen, wie das nationale Statistikinstitut (Istat) am 27. Januar mitteilte. Am 31. Dezember 2011 lebten insgesamt 60.851.000 Personen im Land, von denen 4.859.000 Ausländer sind, die 8% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Im Laufe eines Jahres schrumpfte die italienische Einwohnerzahl um 65 000 Personen. Im gleichen Zeitraum gab es eine Zunahme an ausländischen Einwohnern um 289 000 Personen... [Fortsetzung](#)

### Neue Europapolitik



Am 25. Januar verabschiedete das italienische Parlament vier Beschlussempfehlungen aus Anträgen, die von den Mehrheitsführern im Parlament unterzeichnet waren und die auf eine neue Europapolitik der Regierung abzielen. Die Hauptpunkte sind: Die Stärkung der Position Italiens in Europa; die Reduzierung des intergouvernementalen Handelns und stattdessen mehr föderales Handeln in Europa; die Einführung einer Transaktionssteuer und die Verpflichtung, im Jahr 2012 die Anstrengungen aus 2011 zu ausgeglichenen Haushalten und mehr Wachstum fortzuführen. Der italienische Premierminister Mario Monti plädierte vor dem Senat für die Verabschiedung der Anträge. Seiner Meinung nach "hängt die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise von der Durchführung struktureller Reformen ab", er betonte unter anderem "die Verbindung zwischen nationalen Maßnahmen und den Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene"... [Fortsetzung](#)

### Portugal :

#### Neues Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs



Die Regierung Portugals hat am 26. Januar ein Wettbewerbsgesetz verabschiedet, das die Wirtschaft des Landes "dynamischer" und "offener" machen soll, entsprechend der Verpflichtungen des Landes zur Gewährung der Hilfsleistungen durch EU und IWF. "Durch den Einsatz rechtlicher Instrumente zur Stärkung des Wettbewerbs werden wir unsere Wirtschaft dynamischer, stärker wettbewerbsorientiert und offener gestalten", erklärte der Wirtschaftsminister Portugals, Alvaro Santos Pereira. Diese Reform wird Portugal näher an die "internationalen besten Praktiken" heranbringen und zu einer Öffnung der "bisher zu stark abgeschirmten Sektoren" beitragen. Das neue Gesetz sieht mehr Kompetenzen für die Wettbewerbsaufsicht vor und eine Harmonisierung der Regelungen bezüglich des Mißbrauchs von marktbeherrschenden Positionen oder von Unternehmenskonzentrationen... [Fortsetzung](#)

### Großbritannien :

## Der schottische Premierminister präsentiert seinen Fahrplan zur Unabhängigkeit



Am 25. Januar präsentierte der schottische Premierminister Alex Salmond detaillierte Vorschläge für die Abhaltung des Referendums zur Unabhängigkeit Schottlands im Jahr 2014; eine 20wöchige Beratungszeit wurde anberaumt. Salmond veröffentlichte die Frage des Referendums: "Sind Sie dafür, dass Schottland unabhängig wird?" Der Fahrplan Salmonds sieht vor, für das Referendum im Jahr 2013 durch das schottische Parlament ein Gesetz zu erlassen und im November 2013 in einem Weißbuch sämtliche Vorschläge seiner Regierung zur Unabhängigkeit zu veröffentlichen... [Fortsetzung](#)

## Rumänien :

### Neuer Außenminister



Am 24. Januar bestimmte der rumänische Premierminister Emil Boc den Senator Cristian Diaconescu zum neuen Außenminister des Landes. Am Abend des 24. Januar legte der neue Außenminister vor dem Staatschef Traian Basescu seinen Amtseid ab. Der frühere Außenminister Rumäniens war von Boc aufgrund verbaler Entgleisungen gegenüber Demonstranten entlassen worden. Die Amtsenthebung fand im Rahmen der ersten außerordentlichen Zusammenkunft des Parlamentes seit Beginn der sozialen Unruhen am 11. Januar statt... [Fortsetzung](#)

## Slowenien :

### Janez Jansa neuer Premierminister



Am 28. Januar stimmte das slowenische Parlament für Janez Jansa als neuen Premierminister; 51 Abgeordnete stimmten für Jansa, 39 stimmten gegen ihn. Janez Jansa war schon von 2004 bis 2008 Premierminister Sloweniens, das seit 2007 Mitglied der Eurozone ist. "Ich rufe alle Parteien zur Zusammenarbeit auf", erklärte Jansa nach seiner Wahl. Er fügte hinzu, dass er sein Kabinett - dem das Parlament zustimmen muss - bis zum 10. Februar vorstellen wird. Dem Kabinett werden entsprechend der Absprachen der Koalitionsparteien Mitglieder der Partei Demokratisches Slowenien (SDS) angehören, wie auch Mitglieder der Bürgerliste Gregor Virant, der Volkspartei (SLS), der Partei Neues Slowenien (NSi) und der Rentnerpartei (DeSUS)... [Fortsetzung](#)

## Kosovo :

### Ende der Kosovomission?



Am 24. Januar teilte die aus 25 Ländern bestehende "International Steering Group" (ISG) anlässlich einer Versammlung in Wien mit, dass ihre Überwachungsmission im Kosovo Ende 2012 beendet werden könne, vier Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung des Landes. Die Gruppe würdigte, dass das Kosovo in naher Zukunft alle Maßnahmen des Übergangsplans umgesetzt haben wird. Eine "organisierte Beendigung" der internationalen Überwachungsmission hält das International Civilian Office (ICO), das für die Umsetzung des Übergangsplans zuständig ist, für den Zeitraum bis Ende 2012 für möglich. Die ISG rief die Staaten, die bisher das Kosovo nicht als Staat anerkannt haben, dazu auf, dies zu tun. Darüber hinaus betonte die ISG, dass die im Athisaari-Plan festgehaltenen Punkte das "beste Modell" für die Zukunft des Kosovo beinhalten würden... [Fortsetzung](#)

## Europarat :

### Jean-Claude Mignon, Präsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates



Jean-Claude Mignon, französischer Abgeordneter aus Seine-et-Marne, ist am 23. Januar zum neuen Präsidenten der parlamentarischen Versammlung des Europarates (APCE) gewählt worden. Seit 2007 war er bereits Vizepräsident. Mignon ist nach 23 Jahren der erste Franzose, der dieses Amt ausüben wird. Sein französischer Vorgänger war Louis Jung, ehemaliges Mitglied des französischen Senats und ehemaliger Präsident der Robert Schuman Stiftung... [Fortsetzung](#)

## Frauenrechte



Am 26. Januar hat die parlamentarische Versammlung des Europarates eine Resolution zur weltweiten Stärkung der Frauenrechte verabschiedet. Die Parlamentarier zeigten sich insbesondere besorgt angesichts der Auswirkungen der Krise auf dem Arbeitsmarkt und auf die soziale Situation der Frauen, ebenso angesichts der Gewalt gegen Frauen und Komplikationen im Zusammenhang mit Schwangerschaften. In ihrer Resolution fordern die Parlamentarier alle Mitgliedsländer zur Ratifizierung sämtlicher europäischer Konventionen zum Schutz von Frauen auf. Darüber hinaus forderten sie die Festschreibung der Gleichheit zwischen Männern und Frauen in der Europäischen Erklärung der Menschenrechte. Zahlreiche Debatten über die Möglichkeiten eines stärkeren Schutzes von Frauen bildeten den inhaltlichen Schwerpunkt der parlamentarischen Versammlung... [Fortsetzung](#)

## Niels Muižnieks ist neuer Menschenrechtskommissar im Europarat



Der frühere Integrationsminister Lettlands, Niels Muižnieks, wurde am 24. Januar mit absoluter Mehrheit von der parlamentarischen Versammlung des Europarates zum 3. Kommissar für Menschenrechte gewählt. Die parlamentarische Versammlung (APCE) war während ihrer Sitzungswoche in Straßburg versammelt. Niels Muižnieks wird sein neues Amt am 1. April 2012 übernehmen... [Fortsetzung](#)

## "Starke Besorgnis" des Europarates angesichts der Lage in Weißrussland



Am 25. Januar äußerte sich die Parlamentarische Versammlung des Europarates in ihrer Resolution 1992 "tief besorgt" angesichts der Situation in Weißrussland und der dortigen Missachtung von Menschenrechten und Grundrechten. Die Versammlung empfahl dem Ministerausschuss, den Mitgliedsländern zu raten, gegenüber Weißrussland Sanktionen in die Wege zu leiten und sich diesbezüglich der Europäischen Union anzuschließen, indem deren "politischer und diplomatischer Einfluss genutzt wird", um Weißrussland dazu zu bewegen, notwendige Reformen einzuleiten und gleichzeitig mit der innerstaatlichen Opposition in einen Dialog einzutreten, wie auch Visaerleichterungen für weißrussische Bürger zu erlangen und universitäre Austauschprogramme zu ermöglichen mit weißrussischen Einrichtungen... [Fortsetzung](#)

## Demokratiedefizite in der Ukraine



Am 26. Januar äußerte sich die parlamentarische Versammlung des Europarates in der Resolution 1862 besorgt angesichts der juristischen Maßnahmen, die gegen ehemalige ukrainische Minister eingeleitet wurden, unter ihnen die ehemalige ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko. Die Umstände der Verhaftung und des Prozesses haben die Möglichkeiten für die Angeklagte beschränkt, einen fairen Prozess zu bekommen. Die Versammlung betont in ihrer Resolution, dass die jetzige Situation auf Defizite im Rechtssystem der Ukraine zurückzuführen ist, wie zum Beispiel "mangelnde Unabhängigkeit" der Justiz, "exzessive Ausnutzung der Untersuchungshaft" und eine Bevorzugung der Anklage durch die Gerichte. Nach Meinung der parlamentarischen Versammlung sind zwar Fortschritte erreicht worden, doch nur durch eine Verfassungsänderung könnten in der Ukraine die vom Europarat vorgegebenen Standards erreicht werden... [Fortsetzung](#)

## Berichte/Studien :

### Das soziale Europa im Zeitalter der Krise



Die Bertelsmann-Stiftung hat in ihrer Reihe "Europe in dialogue" eine neue Studie veröffentlicht mit dem Titel "Solidarity: For sale?", in der die neuen Politiken der Europäischen Union bezüglich ihrer Auswirkungen auf soziale Bereiche analysiert werden. Die Studie erstellt eine Bilanz der Union in den Bereichen soziale Kohäsion und Solidarität, zum einen zwischen den einzelnen Staaten und zum anderen innerhalb eines Staates, vor und während der Finanzkrise. Die Autoren analysieren die unterschiedlichen Vorstellungen von Solidarität und bewerten die jeweilige aktuelle Relevanz für die

Europäische Union im Zeitpunkt der Schuldenkrise. Die Autoren sehen die Gefahr einer Entwicklung der Schuldenkrise hin zu einer "massiven Sozialkrise". Sie empfehlen, dieser Entwicklung vorzubeugen, indem die europäische Integration und Investitionen im sozialen Bereich verstärkt werden... [Fortsetzung](#)

### Die Rolle der Europäischen Union und der USA in der humanitären Hilfe



Das Europacollège in Brügge hat in seiner Reihe "Cahier de recherche politique" eine Studie zum Thema "The EU und US as international actors in disaster relief" von Erik Brattberg und Mark Rhinard veröffentlicht. Die Studie vergleicht die Rolle der Europäischen Union und der USA bei der Durchführung von humanitären Hilfsaktionen. Die Autoren analysieren die unterschiedlichen Ansätze über den Begriff "actorness". Nach Meinung der Autoren handelt es sich bei EU und USA um internationale Akteure, die jedoch in der humanitären Hilfe jeweils eigene Charakteristika aufweisen... [Fortsetzung](#)

### Kultur :

#### "Au fil des collections von Tiepolo bis Degas"



Die Fondation de l'Hermitage in Lausanne präsentiert bis zum 20. Mai 2012 im Rahmen der Ausstellung "Au fil des collections, von Tiepolo bis Degas" selten gezeigte Meisterwerke. Werke aus dem Stiftungsbestand von Tiepolo, Bocion, Sisley, Degas, Vuillard, Vallotton, Valadon, Braque, Magritte und anderen Künstlern werden mit anderen, oft noch nie ausgestellten Werken aus öffentlichen und privaten Schweizer Sammlungen gezeigt... [Fortsetzung](#)

#### Von Vermeer zu Kandinsky



Meisterwerke aus verschiedenen Epochen und einer Vielzahl an Museen aus der ganzen Welt werden bis zum 3. Juni 2012 im "Castel Sismondo" in Rimini (Italien) präsentiert. Die Ausstellung zeigt Werke aus verschiedenen Ländern und Epochen vom 15. bis zum 20. Jahrhundert. Für Italien wird beispielsweise "die Malerei Venedigs im 15. und 16. Jahrhundert" gezeigt, ferner "das goldene Jahrhundert Spaniens", "die Malerei Englands zwischen dem 18. und 19. Jahrhundert", wie auch "das Zeitalter des Impressionismus" in Frankreich... [Fortsetzung](#)

#### Italienisches Filmfestival



Bis zum 11. Februar 2012 findet in Bastia das 24. Italienische Filmfestival statt, das die besten Komödien auszeichnet. Dieses Jahr werden 24 Filme präsentiert, die in 4 große Sektionen unterteilt sind: Wettbewerbsfilme, Filme außerhalb des Wettbewerbs, Erinnerungsfilme und Jugendfilme. Den Juryvorsitz hat dieses Jahr der französische Regisseur und Drehbuchautor Yves Boisset inne; die Jury wird den sogenannten 'Großen Preis' am Ende des Festivals an den Gewinner der 12 im Wettbewerb gezeigten Filme verleihen. Während des Festivals werden außerdem Ausstellungen mit Skulpturen und Gemälden des Künstlers Gabriel Dana gezeigt und Fotos von Dreharbeiten aus dem Filmzentrum Cesena... [Fortsetzung](#)

#### 300. Geburtstag Friedrichs des Großen



Am 24. Januar jährte sich der Geburtstag Friedrichs des Großen (1712-1786) zum 300. Mal. Aus diesem Anlass wird es das ganze Jahr 2012 hindurch eine Vielzahl an Ausstellungen, Konzerten und Lesungen geben, die dem preußischen König gewidmet sein werden, der zu den faszinierendsten Persönlichkeiten der deutschen Geschichte gehört. Friedrich der Große war nicht nur ein mächtiger König und unbarmherziger Kämpfer, sondern auch ein aufgeklärter Geist, der sich für Kunst und Philosophie begeisterte. Er gilt als Repräsentant des aufgeklärten Absolutismus. Persönlich sah er sich als "ersten Diener des Staates"... [Fortsetzung](#)

## Agenda :



30. Januar  
Brüssel  
Rat der Europäischen Union



1. und 2. Februar  
Brüssel  
2 Sitzungstage des europäischen Parlaments



1.-3. Februar  
Kopenhagen  
Treffen der europäischen Minister für Wettbewerb



2. Februar  
Brüssel  
Treffen der NATO-Verteidigungsminister



5. Februar  
Finnische Präsidentschaftswahlen (2. Wahlgang)



10. Februar  
Gipfeltreffen EU-Indien

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

### Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;  
Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Marion Zosi.

**Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest**  
**Publikationschef : Pascale Joannin**

Kontakt / Anmerkungen  
[info@robert-schuman.eu](mailto:info@robert-schuman.eu)

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}